

Die Parteien im Wahljahr

Im Schatten der grossen Parteien tummelt sich eine ganze Reihe kleiner Parteien mit beeindruckendem Stehvermögen. Zu ihnen gehören in konfessionellen Milieus mobilisierte Nischenparteien, lokal verankerte Rechtsparteien in Genf und im Tessin sowie eine Reihe linker Splitterparteien, die national vor allem in der Romandie auffallen.

Standhafte Nischenpartei

Die kleine EVP kann auf eine lange Parteigeschichte zurückblicken

Die EVP sah viele Parteien aufkommen und wieder verschwinden. Selber hält sich die kleine Mittepartei wacker, dank einer treuen, im evangelischen Milieu vernetzten Wählerschaft.

se. · Mit einem Wähleranteil von 2,4 Prozent hat die Evangelische Volkspartei (EVP) bei den eidgenössischen Wahlen 2007 ihre historische Bestmarke erreicht. Trotzdem reichte es nur noch für zwei Nationalratsmandate. Seit den sechziger Jahren war die EVP zumeist mit drei Sitzen vertreten gewesen. Ihre «Hochburgen» sind dabei seit je Zürich und Bern. Hier stellt sie derzeit auch je eine Nationalrätin; in der vorangegangenen Legislatur war noch ein Aargauer Sitz dazugekommen.

Die mandatsmässig geschrumpfte EVP hat sich nach den Wahlen 2007 gemeinsam mit der neuen GLP der CVP-Fraktion angeschlossen. Die nächste Legislatur möchte sie indes als eigenständige Fraktion bestreiten, hierzu müsste sie ihre Nationalratsvertretung auf fünf Sitze ausbauen. Dieses Wahlziel hat die Mittepartei schon 2007 formuliert – sie hält übrigens auch am damaligen Wahlslogan «Für eine lebenswerte Schweiz» fest.

Programmatisch empfiehlt sich die EVP mit folgenden Kernthemen: Sie wehrt sich gegen die «zunehmende Ablehnung alles Christlichen», etwa in Schule und Beruf, und sie setzt sich für die Familien ein (gegen die «Heiratsstrafe» im Steuerrecht). In Anlehnung an die Linke fordert sie eine öffentliche Krankenkasse und macht sich für Parallelimporte und Managed-Care-Modelle stark. Auch die Klima- und Energiepolitik ist für die EVP ein Kernthema. Die Partei fordert neben der verbesserten Energieeffizienz eine ökologische Steuerreform, wonach die Lohnnebenkosten schrittweise durch Abgaben auf



Die Parteien mobilisieren heute lieber mit Events als mit trockener Politik – so auch die EVP unlängst in Bern.

L. LEHMANN / KEYSTONE

dem Energieverbrauch ersetzt werden sollen. Zudem will die Kleinpartei ambitioniert bis 2015 weltweit die Armut halbieren: Die Schweiz soll ihre Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des BIP anheben. Alles in allem kann die EVP als eine gesellschaftspolitisch eher konservative Partei beschrieben werden (Familie als «Kernzelle»), die in Fragen der Umverteilung links der Mitte steht und «aus Verantwortung für die Schöpfung» auch grüne Tupfer trägt.

Seit einigen Jahren versucht die EVP, über ihre kantonalen «Hochburgen»

hinaus zu wachsen, sie möchte zudem auch in der Romandie Fuss fassen. Seit 2003 kam es zur Gründung neuer Kantonssektionen, etwa in Luzern, Solothurn, in der Waadt in Genf und in Graubünden. Angesichts der in jüngster Zeit angewachsenen Konkurrenz in der politischen Mitte (GLP, BDP) dürfte es für die EVP aber sehr schwierig werden, ihre Position im Nationalrat auszubauen. Eigentlich wäre da allein schon der Status-Erhalt ein Erfolg – und der ist der EVP durchaus zuzutrauen. Mit dem Gründungsjahr 1919 kann sie auf eine

lange Parteigeschichte zurückblicken. Sie hat in dieser Zeit Parteien entstehen und wieder verschwinden sehen. Selber blieb die EVP als kleine Nischenpartei stets auf Kurs. Ihre treue Wählerschaft rekrutiert sie im Umfeld der evangelischen Landes- und Freikirchen sowie ihnen nahestehender Vereine, häufig mit philanthropisch-sozialer Ausrichtung (Blaues Kreuz, Missions- und Hilfswerke). So ist die EVP also immer noch da, während Parteien wie etwa ihr einstiger Fraktionspartner Landesring (LdU) längst Geschichte sind.

Genfer MCG mit populistischem Mix

Das Zünglein an der Waage

C. Bi. · Der Mouvement des citoyens genevois (MCG) ist in den letzten Jahren zu einem nicht unbedeutenden Akteur der Genfer Politik geworden. Diese Kleinpartei, die sich aber notabene nicht als Partei, sondern als «Bewegung» deklariert, vertritt einen ideologischen Mix, der aus klassischen rechten Forderungen (mehr öffentliche Sicherheit, Schutz der Genfer vor Konkurrenz seitens ausländischer Grenzgänger) und linken Postulaten (höhere Kinderzulagen und tiefere Krankenkassenprämien) besteht. Dieser Mix, kombiniert mit viel Gespür für werbewirksames Politmarketing, hat ihr erlaubt, sowohl bei der SVP als auch bei den Bürgerlichen, ja sogar bei den linken Parteien über den Hag zu fressen.

Galionsfiguren des MCG sind zwei Dioskuren: der rechts wildernde, notorisch bewaffnete Macho-Populist Eric Stauffer und sein «salonfähiger» Partner, der sozial engagierte Anwalt Mauro Poggia. Letzterer hat beste Aussichten, bei den Nationalratswahlen gewählt zu werden (Stauffer tritt nicht an).

PdA und andere Genossen

Die Linke links der SP hofft auf die Romandie

C. Bi. · Für die Parteien auf der Linken der SP gibt es in den Westschweizer Kantonen liberaler Tradition – also in Genf, der Waadt und Neuenburg – von jeher ein interessantes Wählerpotenzial. Während die kommunistische Linke in der Deutschschweiz nach dem Zweiten Weltkrieg – ausser in einigen Städten wie Basel und Zürich – weitgehend von der Bildfläche verschwand, konnte sie sich in der Romandie noch lange halten. Die Westschweizer PdA konnte auch danach zeitweise bis zu fünf Nationalräte nach Bern entsenden. In den Kantonen Genf und Waadt hat die «extreme» Linke, die natürlich längst nicht mehr so extrem ist, bis heute mehr oder weniger Nationalrats-Potenzial. Dass sie zurzeit nur mit dem Waadtländer PdA-Nationalrat Josef Zisyadis im Bundesparlament vertreten ist, hat sie weitgehend sich selbst und ihrem fatalen Hang zum Sektierertum und zur Selbsterfleischung zuzuschreiben.

Bei den kommenden eidgenössischen Wahlen hoffen die Linksaussenparteien national auf einen neuen Frühling. Sie möchten im Nationalrat wieder

sogar in die Kantonsregierung geführt hat, zurück. Der Sitz sollte eigentlich zu halten sein, obwohl sich die verschiedenen Komponenten der Linken, nämlich PdA einerseits und Solidarités andererseits, im Vorfeld wieder einmal einen unter Genossen so beliebten Bruderkrieg geliefert haben. Schliesslich haben sie sich aber doch zusammengerauft, in der Einsicht, dass es immer noch besser ist, wenn der Bruder den Sitz bekommt als überhaupt niemand. In der Tat ist es offen, ob das Mandat, so es bestehen bleibt, an die PdA (in der Waadt und Neuenburg als «POP», Parti ouvrier et populaire, bezeichnet) geht oder eventuell an den Solidarités-Anwalt Jean-Michel Dolivo. Ideologisch sind die beiden Kleinparteien auf der gleichen Linie, die POP ist in Arbeiterquartieren besser vertreten, während die Solidarités vor allem unter Beamten und Intellektuellen rekrutieren.

Gute Chancen in Neuenburg

Eigentlich sollte es auch in Genf einen Sitz geben, wenn die Linken ein Mini-

Die Linkskatholiken

CSP im Schosse der Grünen

se. · Die Christlich-Soziale Partei (CSP) wurde 1997 als Zusammenschluss der vier Kantonalparteien Freiburg, Jura, Luzern und Zürich gegründet. Andersorts blieben die linkskatholisch verwurzelten Christlichsozialen zumeist unter dem Dach der CVP. Die CSP hält mit einem Wähleranteil von national 0,4 Prozent einen Nationalratsitz im Kanton Freiburg. Das erklärte Minimalziel für 2011 ist der Erhalt dieses Mandats. Verteidigt wird es von der Journalistin und Beraterin Marie Thérèse Weber-Gobet. Sie ist Ende 2008 für den früheren Gewerkschafter und heutigen Caritas-Direktor Hugo Fasel nachgerutscht; Fasel war zuvor 18 Jahre im Nationalrat. Die CSP tritt auch in den Kantonen Wallis, Zug, Zürich und Obwalden an.

Die CSP politisiert auf nationaler Ebene in der grünen Fraktion, mit der sie auch viele programmatische Gemeinsamkeiten teilt. «Einfach menschlicher» lautet ihr Wahlslogan für 2011. Leitgedanke der christlichsozialen Politik ist gemäss Eigendarstellung der Partei «die gelebte Solidarität mit den sozial und wirtschaftlich Schwächeren und die Achtung der Umwelt». Kern-

Tessiner Paukenschlä

Legia dei Ticinesi im Auf

pja. · Eine Protestbewegung gegen das Politestablishment. Das hatten die Tessiner Bauunternehmer und Finanztrübnisse Giuliano Bignasca sowie inzwischen verstorbene Journalist Mario Maspoli vor Augen, als sie 1981 die Lega dei Ticinesi gründeten. Nur wenige Monate später folgte der zweite Paukenschlag, indem die Partei einen Sitz im Ständerat und zwei im Nationalrat eroberte. Ihren Stöckchen verlor die Partei 1995 wieder, den einen Sitz in der grossen Kammer Gegenwärtig repräsentiert im Nationalrat der Journalist Lorenzo Quattrone. Der dritte Paukenschlag erfolgte im letzten April. Bei den kantonalen Wahlen stieg die Lega zur zweitstärksten Partei im Grossen Rat auf und schickte einen zweiten Mann in den fünfköpfigen Staatsrat. Den anderen Lega-Mitgliedern der Tessiner Regierung hält seit Ende 2008 der allgemein beliebte Luganer Anwalt Marco Borradori. Nun plant die Lega den vierten Paukenschlag: Bei den nationalen Wahlen im Oktober von 2011 wie 1991, zwei Nationalräte und einen Ständeratssitz ergattern. Dazu plant die Lega eine Listenverbindung mit der SVP, einem prominenten Ex-FDP-Mitglied, der ehemalige Tessiner Staatspräsident auf Lebenszeit, sass während zweier Legislaturen im Nationalrat und kandidiert heuer wieder.

Voller rhetorischer Paukenschläge auch das Lega-Programm: eine nationale Bewegung, um Grenzgänger, Migrantinnen und Kriminelle abzuhalten, das Budget zu heimsuchen, Steuern abzubauen, die Einheitskrankenkasse, eine 13. Lohnklasse und Gratis-ÖV-Abos für Schüler zu streichen – ein rechtspopulistischer Mix aus sozialistischen Einsprengseln. In der Situation im Tessin wird es nicht leicht sein, einen klaren Klang zu finden.

Die Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU) wurde 1975 von dem ehemaligen Schwarzenbach-Republikaner gegründet. Seit 1991 ist sie im Nationalrat vertreten, von 2003 bis 2007 kam vorübergehend ein zweiter Sitz aus Zürich. Damals ging die kleine Rechtspartei der weiter links stehenden EVP-Fraktionsgemeinschaft ein, seit 2008 politisiert sie in der SVP-Fraktion. Ein Unterbruch: EDU-Nationalrat Christian Waber wollte 2008 den Ständerat verlassen und trat aus der Fraktion nach Wabers Rücktritt aus dem Nationalrat schloss sich der nachrückende (und heftig von der BDP umworben) Andreas Brönnimann im Herbst wieder der SVP-Fraktion an.

Die EDU erreichte 2007 einen Wähleranteil von 1,3 Prozent, ihre Stimmkraft erzielte sie vorab in den Kantonen Aargau und Zürich. Ambitioniert peilt sie im Oktober drei Nationalratssitze an. Gemäss dem neuen EDU-Aktionsprogramm sind die Mitglieder und Mandatsträger aber «primär der Bibel, Gottes

Christlich und rechtlich. Die EDU verteidigt das Abendmahl.

Die EDU erreichte 2007 einen Wähleranteil von 1,3 Prozent, ihre Stimmkraft erzielte sie vorab in den Kantonen Aargau und Zürich. Ambitioniert peilt sie im Oktober drei Nationalratssitze an. Gemäss dem neuen EDU-Aktionsprogramm sind die Mitglieder und Mandatsträger aber «primär der Bibel, Gottes